



Sitzungsniederschrift

Ausschuss für Soziales Schulen Sport und Kultur

Sitzungsort:	Mehrzweckraum, Kooperative Gesamtschule Norderney, An der Mühle 2		
Sitzungsdatum:	29.01.2020	Niederschrift gefertigt am: 03.03.2020	
öffentlich	Beginn: 18:00 Uhr	Ende:	19:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

RV Manfred Hahnen

Stimmberechtigtes Mitglied

Stv. RV Silvia Selinger-Hugen

BG Axel Stange

RM Jutta Wunsch

RM Jens Podein

RM Anke Dröst

Elternvertreterin KGS Cornelia Budde

Elternvertreterin GS Monique Meißner

Lehrervertreterin GS Maike Eilts

beratendes Mitglied

Schulleiter Jürgen Birnbaum

Schulleiter Martin Pape

Von der Verwaltung

BM Frank Ulrichs

StAR Andreas Goldberg

Schriftführer

Carolin Metker

Entschuldigt fehlen:

BG Johannes Terfehr

RM Hayo F. Moroni

Schülervertreterin Sophie Freese

Lehrervertreterin KGS Catharina Majert

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.10.2019
3. Verpflichtung und Pflichtbelehrung der Elternvertreterin der Grundschule Norderney
4. Beratung über weiteres Vorgehen zur Schulentwicklung
5. Mitteilungen der Verwaltung
6. Anfragen und Anregungen
7. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Der Vorsitzende Hahnen begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die außerdem geladenen Teilnehmer. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.10.2019

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 22.10.2019 wird mit einer Enthaltung genehmigt.

TOP 3. Verpflichtung und Pflichtbelehrung der Elternvertreterin der Grundschule Norderney

Die Elternvertreterin der Grundschule Norderney, Frau Monique Meißner, wird durch BM Ulrichs über Ihre Pflichten gem. § 43 NKomVG belehrt und gem. § 60 NKomVG per Handschlag förmlich verpflichtet, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch wahrzunehmen und die Gesetze zu beachten. Über die Pflichtenbelehrung wird eine Niederschrift aufgenommen. Sie wird Frau Meißner in zweifacher Ausfertigung zur Unterschrift mitgegeben.

Die Verpflichtung gem. §§ 60, 71–73 NKomVG wird Frau Meißner in zweifacher Ausfertigung nachgereicht.

TOP 4. Beratung über weiteres Vorgehen zur Schulentwicklung

BM Ulrichs berichtet, dass der Arbeitskreis Schulentwicklung am 13.11.2019 zusammengekommen sei, um die bisherigen Ergebnisse zu reflektieren. Es sei beschlossen worden, dass in öffentlicher Ausschusssitzung über das weitere Vorgehen beraten werden solle.

BM Ulrichs reflektiert, dass der erteilte Auftrag an das Büro Luchterhandt die Untersuchung der Möglichkeit und die Prämissen einer Standortzusammenlegung der Schulen zum Gegenstand gehabt habe. Diese Ermittlung sei abgeschlossen.

Optional sei die inhaltliche und städtebauliche Entwicklung des Grundschulstandortes im Falle einer Nachnutzung des Areals beauftragt worden. Dieser Auftragsbestandteil sei nicht zur Ausführung gekommen.

Der Prozess habe länger gedauert als geplant und sei somit auch etwas kostenaufwändiger gewesen. So habe es z.B. einen Workshop mehr als angeboten und eine Lernreise von Arbeitskreismitgliedern, Lehrern und Schülern zu einer Modellschule auf dem Festland gegeben.

Durch das Büro Luchterhandt sei festgestellt worden, dass die für die zu favorisierenden Varianten der Schulzusammenlegung ca. 37 Mio. Euro kostete. Diese Kosten könnten durch die Stadt Norderney nicht getragen werden.

Daher -so sei man im Arbeitskreis verblieben- solle in einem weiteren Schritt ermittelt werden, welche Potentiale die Schulstandorte für sich haben. Bei einer individuellen Entwicklung beider Standorte sei zudem eine stärkere Zusammenarbeit für die Zukunft gewünscht worden.

Der weitere Prozess solle, so die Empfehlung des Arbeitskreises, ebenfalls durch das Büro Luchterhandt begleitet und abgeschlossen werden.

Der Restbetrag aus o.g. Auftrag in Höhe von ca. 10.000 € reiche jedoch nicht aus, um einen entsprechenden Folgeauftrag zu erteilen. Die Verwaltung habe daher ein neues Angebot vom Büro Luchterhandt angefordert.

Dieses beinhalte unter anderem:

- Eine Begehung des Bestandsgebäudes
- Ein Interview mit Vertretern des Kollegiums
- Umfassende Dokumentation der Gespräche
- Eine qualitative Bestandsaufnahme des Gebäudes
- Auswertungen von Mängeln, Chancen und Restriktionen
- Städtebauliche Zielsetzungen
- Abgleich der Bedarfe und des Raumbestandes, quantitative und qualitative Bewertung
- Entwicklung von verschiedenen Grundriss-Varianten für eine funktionale Umsetzung des Raum- und Funktionsprogramms der Grundschule im Bestand
- ggf. Prüfung mit Neubauanteilen z.B. Wohnungsbau
- Überarbeitung und Fortschreibung der Ergebnisse mit der Stadt und der Politik
- Auswertung von Möglichkeiten und Grenzen
- Umsetzung von Raum- und Funktionsprogrammen und pädagogischen Zielsetzungen im Bestand
- Vergleich zu der Möglichkeit der Zusammenlegungen der Schulen
- Drei Abstimmungstermine und ein Präsentationstermin für die Schulöffentlichkeit und die Politik

BM Ulrichs empfiehlt, den Auftrag in Höhe von 30.787,68 € an das Büro Luchterhandt zu vergeben.

RM Selinger-Hugen bemerkt, dass nach ihrer Auffassung aus den Gutachten sowie aus den Workshops deutlich hervor gehe, dass ein gemeinsamer Schulstandort pädagogisch am sinnvollsten sei. Sie weist darauf hin, dass eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung und eine Gegenüberstellung der bisherigen Investitionen und der geplanten Investitionen an beiden Schulen notwendig sei. RM Selinger-Hugen spricht sich gegen eine Vergabe des Auftrages aus.

BM Ulrichs entgegnet, dass das Büro Luchterhandt nicht zwingend empfohlen habe, einen Schulstandort zu favorisieren. Es sei der Auftrag gewesen dies zu überprüfen. Es sei jedoch nicht abschließend festgestellt worden, dass nicht beide Schulstandorte für sich in die Zukunft geführt werden könnten. Daher sollte dies überprüft werden.

Er weist noch einmal deutlich darauf hin, dass 37 Mio. Euro die Leistungsfähigkeit der Kommune übersteigen und keine Zuschüsse oder Fördermittel zu erwarten seien. Er führt weiterhin aus, selbst wenn ein Schulstandort auf den ersten Blick weniger Unterhaltungskosten bedeuten möge, müsse berücksichtigt werden, dass die Grundschule ein Gebäude der Stadt bleibe und die Unterhaltungskosten somit nicht entfielen.

RM Dröst empfiehlt, die Investitionen der letzten Jahre sowie die Folgekosten einer Zusammenlegung und die Kosten der Optimierung beider Standorte für sich gegenüberzustellen.

Der Ausschuss informiert sich bei den Schulleitern, ob die umfassende Beratung und die Anregungen aus den Workshops ausreichen, um damit weiter zu arbeiten, oder ob es für sinnvoll befunden werde, den Folgeauftrag an das Büro Luchterhandt zu vergeben.

Herr Pape antwortet, dass der Auftrag vergeben werden sollte, da sich die bisherigen Anregungen und Impulse eher auf eine Zusammenlegung der Standorte bezogen hätten. Herr Birnbaum führt fort, dass bei der bisherigen Ausarbeitung die KGS im Fokus gestanden habe, sich jedoch für den Grundschulstandort Ideen und Inspirationen ableiten ließen. Er wünsche sich bei der Umsetzung weiterhin die Unterstützung der Stadt. Frau Wunsch und Herr Hahnen sprechen sich ebenfalls für die Erteilung des Folgeauftrages aus, um alle Optionen gehört zu haben. Frau Wunsch sieht eine Summe 37 Mio. Euro ebenfalls als nicht tragbar für die Stadt Norderney.

Herr Podein erkundigt sich bei den Schulleitern, ob es nicht sinnvoller sei, die 30.000 € für den Auftrag für das Büro Luchterhandt direkt den Schulen zur Verfügung zu stellen. Herr Birnbaum ist der Meinung, dass die Schulen finanziell sehr gut ausgestattet seien und die Stadt Veränderungen in den Räumen bisher auch unabhängig von einmaligen Zuschüssen finanziere.

Frau Selinger-Hugen erkundigt sich nach den Schülerzahlen der letzten zehn Jahre. Herr Goldberg erläutert, dass keine klare Tendenz in der Entwicklung erkennbar sei. Die Zahlen schwankten in den letzten zehn Jahren zwischen 25 und 63 Schülern pro Jahrgang.

Herr Hahnen weist in dem Zusammenhang auf die steigende Einwohner- und somit auch Schülerzahl hin. Daraufhin berichtet Herr Pape, dass die Grundschule vor 10 Jahren 230 Schüler gehabt habe, heute dagegen nur noch 155 Schüler. Es sei jedoch wieder eine Steigerung erkennbar, in dem kommenden Schuljahr sollen 54 Schüler und Schülerinnen eingeschult werden.

Herr Birnbaum ergänzt, dass sich die Schülerzahl an der KGS in den letzten 10 Jahren von 320 auf 250 reduziert habe. Es müsse jedoch die Zuwanderung, insbesondere von nicht muttersprachigen Kindern, berücksichtigt werden. Diese mache einen Anteil von 5 - 10 % aus.

Es wird zugesagt, die genauen Schülerzahlen der vergangenen Jahre dem Protokoll beizufügen.

Herr Stange stellt die Frage, ob der Folgeauftrag an das Büro Luchterhandt ausreiche, um politisch beurteilen zu können, wie sich Norderney schulisch entwickeln soll. Um diese Frage beantworten zu können, benötige man seiner Meinung nach alle Fakten. Er unterstützte die Notwendigkeit einer Betrachtung des Investitionsbedarfes und spricht sich für die Vergabe des Auftrages aus.

BM Ulrichs vertritt die Auffassung, dass das bisher investierte Geld gut angelegt sei. Es seien viele neue Erkenntnisse aus dem Prozess gezogen worden, die unabhängig vom weiteren Vorgehen für beide Schulen verwertet werden können.

Herr Hahnen weist darauf hin, dass im Ausschuss keine Entscheidung getroffen werden könne, sondern ein Empfehlungsbeschluss für den Verwaltungsausschuss abgegeben werden soll. Die endgültige Entscheidung obliege dann dem Verwaltungsausschuss.

Über die Vergabe des angebotenen Folgeauftrages an die Firma Luchterhandt wird abgestimmt.

Beschluss

Dem Verwaltungsausschuss wird die Vergabe des angebotenen Folgeauftrages an die Firma Luchterhandt empfohlen.

8 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

1 Enthaltungen

TOP 5. Mitteilungen der Verwaltung

Keine Mitteilungen

TOP 6. Anfragen und Anregungen

- Herr Birnbaum spricht den Workshop der vergangenen Woche an, in dem viele gute Ideen für die Überarbeitung und Neugestaltung des Exerzierplatzes gesammelt worden seien. Er habe im vergangenen Jahr mit dem Stadtbaumeister Meemken gesprochen, dieser habe erklärt, dass es ausreiche, Anfang 2020 mit den Planungen zu beginnen.

Bei dem Workshop habe er erfahren, dass für die Maßnahme 73.000 € eingeplant worden seien. Er habe nun Bedenken, dass bei dieser Summe lediglich eine kleine Fläche des Platzes überarbeitet werden könne.

Es handle sich seiner Meinung nach bei der Fläche zurzeit um keinen Schulhof, sondern um einen Fahrradabstellplatz mit ein paar Grünflächen. Gerade durch die vor einigen Jahren hinzugekommene Nachmittagsbetreuung werde der Schulhof allerdings deutlich intensiver genutzt. Er wünsche sich daher eine gesamte Überarbeitung des Platzes.

BM Ulrichs erwidert, dass der Schulhof als „Exerzierplatz“ bezeichnet werde, da es sich um ein städtebauliches Förderkonzept des Bundes handle, bei dem Schulen nicht förderfähig seien. Die Aula sei als Mehrzweckhalle in diese Förderung eingebunden.

Der Prozess laufe seit letztem Sommer, die Schüler/innen hätten dabei die Möglichkeit ihren Schulhof mitzugestalten. Bei der Abschlusspräsentation vergangenes Wochenende seien sehr wenige Schüler/innen anwesend gewesen, was auch der Jahreszeit geschuldet sein mag. Die Ideen seien jedoch sehr umfassend und bezogen sich auf die gesamte Fläche des Schulhofes.

Die Summe in Höhe von 73.000 € sei der Aufteilung der Fördermittel auf die einzelnen Projekte geschuldet, da es jedoch einige Einsparungen gibt, ist BM Ulrichs zuversichtlich, dass sich die Summe später im sechsstelligen Bereich befinden werde.

BM Ulrichs habe diesen Prozess als eine Auftaktveranstaltung gesehen, bei der bereits viele gute Anregungen und Ideen vorgebracht worden seien, es soll jedoch mit dem Kollegium sowie mit den Schülern weiter geplant und ein Konzept für die gesamte Fläche ausgearbeitet werden.

Herr Hahnen bemerkt, dass in dem Workshop der Bereich der Fahrradständer zwar im Fokus gestanden habe, da dieser das größte Problem darstelle, es jedoch um die gesamte Fläche des Schulhofes gegangen sei.

- Frau Selinger-Hugen regt an, bei der nächsten Fachausschusssitzung die Entwicklung und das Konzept des Altenheimes zu betrachten und dazu einen Vertreter des Altenheimes einzuladen. BM Ulrichs stimmt dem zu.
- Herr Stange erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Digitalisierung und des Medienkonzeptes an beiden Schulen. Um Fördermittel im Rahmen des Digitalpakts zu erhalten, sei die Erarbeitung eines Medienkonzeptes Voraussetzung. Er weist auf die mögliche Unterstützung des Landkreises Aurich hin.

Herr Birnbaum berichtet, dass die KGS eine Arbeitsgruppe Informatik in dem Fachbereich mathematisch naturwissenschaftlicher Bildung, welche von Herrn Drake betreut werde, gegründet habe. Es sei eine Umfrage zur aktuellen Zufriedenheit und über die Vorstellungen für die Zukunft gemacht worden, an der alle Lehrer und Schüler hätten teilnehmen können.

Am 13. und 14.03.2020 sollen in Aurich verschiedene Schulstandorte besucht werden, die bereits erste Schritte gegangen sind. Es würden einige Lehrer, Schüler und Eltern sowie der Medienpädagoge des Landkreises Aurich mitfahren. Nach den Besuchen der Schulen solle im Europahaus in Aurich weiter an dem Konzept gearbeitet werden. Zuletzt solle mit der Stadt, als Schulträger und auch mit der Grundschule über die Umsetzung des ausgearbeiteten Konzepts gesprochen werden.

Herr Pape berichtet, dass das Medienkonzept der Grundschule von mehreren Kolleginnen und einem Kollegen bearbeitet werde. Sobald ein Konzept vorbereitet sei, werde er sich mit Herrn Goldberg austauschen, welcher seine Hilfe angeboten habe, das Konzept gemeinsam zu überarbeiten. Zurzeit gäbe es ein funktionsfähiges Smartboard mit Beamer und Internetzugang, welches jedoch kaum genutzt werde. Die digitale Ausstattung werde nicht ausgelastet. Die Digitaltechnik in der Grundschule trage nicht zur Lösung aktueller Probleme in der Grundschule bei.

- Frau Selinger-Hugen erkundigt sich nach den Schließtagen im Kindergarten am Kap. Sie habe gehört, dass es aufgrund von Qualitätssicherungs-Veranstaltungen auf dem Festland fünf weitere Schließtage geben soll.

Herr Goldberg erwidert, dass im Rahmen der Beiratssitzung über die Schließtage beraten worden sei, dabei sei es jedoch im Wesentlichen um Vertretungszeiten und die Auslastung der pädagogischen Kräfte gegangen.

Frau Selinger-Hugen regt an, diese Schließtage auf halbe Tage zu reduzieren, da es für viele Eltern schwer sei, sich dann um die Betreuung des Kindes zu kümmern.

- Herr Birnbaum spricht die Problematik der Einstellung von neuen Lehrkräften an. Es sei immer schwerer, Lehrpersonal für die Insel zu bekommen, was überwiegend an der Wohnraumproblematik liege. Er bittet die Stadt darum, sich Gedanken darüber zu machen, wie man dies ändern könne. Auf Borkum solle die Anzahl an jungen Menschen die Lehramt studieren und zurück auf die Insel kommen deutlich höher sein, als auf Norderney.

BM Ulrichs erwidert, dass es heute wesentlich höhere und andere Ansprüche an Wohnraum gebe. Auf Borkum sehe der Wohnungsmarkt jedoch nicht besser aus als auf Norderney, da Borkum nicht einmal eine Wohnungsgesellschaft habe.

Er betont, dass Wohnungen für neue Lehrkräfte bei der Stadt Priorität hätten. Es solle überlegt werden, ob im Zuge der Neubaumaßnahmen von zwei neuen Wohnhäusern, welche im Herbst begannen und insgesamt 32 Wohnungen schaffen soll, Wohnungen für neue Lehrkräfte zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Goldberg spricht Eigentumswohnungen, überwiegend im Bereich Lüttje Legde, an, welche vom Land Niedersachsen -als Dienstherr der Lehrkräfte- an das eigene Personal vergeben seien. Diese seien jedoch überwiegend durch das Land Niedersachsen verkauft worden, was der Verantwortung dieses Arbeitgebers nicht gerecht werde.

Frau Dröst erwähnt, dass das Thema Wohnungsproblematik seit vielen Jahren ein großes Thema sei und dass man Anreize schaffen sollte, junge ausgebildete Lehrer nach Norderney zu ziehen.

- Herr Stange fragt Herrn Pape ob es stimme, dass es in den nächsten Wochen aufgrund einer Elternzeit zu Unterrichtsausfällen insbesondere im Fach Religion komme. Er erkundigt sich, ob eine Vertretung durch die Pastoren möglich sei. Herr Pape erwidert, dass in einem Zeitraum von sechs Wochen zwei Unterrichtsstunden ausfielen, die Übrigen könnten aufgefangen werden.

Herr Birnbaum ergänzt zu dieser Thematik, dass es auch in der KGS einen Kollegen gäbe, welcher Französisch unterrichte und zwei Mal für je einen Monat in Elternzeit gehe. Es sei noch unklar, wie die Stunden aufgefangen werden könnten.

TOP 7. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

- Herr Jentsch erkundigt sich, wie hoch die Stadt verschuldet sei, wenn die Schulen zusammengelegt werden würden und wie hoch der Kredit sein würde, der aufgenommen werden müsste.

BM Ulrichs erwidert, dass die Finanzierung einer Zusammenlegung komplett über Fremdmittel erfolgen müsse.

Herr Jentsch erwähnt, dass die aktuellen Kosten bei einer Schulzusammenlegung nicht entfielen, sondern im schlimmsten Falle noch höher sein würden. Er fragt, wie es zu dem Wort Quartiersplatz kommt. BM Ulrichs erläutert, dass dies ein gängiger Begriff aus dem Baurecht und der Fördermittellandschaft sei.

- Frau Behet erkundigt sich, ob es richtig sei, dass sich die Planung nur auf die Grünflächen (Fußballfeld, Volleyballfeld) beziehe, da in dem Workshop nur darüber beraten wurde. BM Ulrichs antwortet, dass nur dieser Bereich Gegenstand des Förderprojektes sei und von Herrn Lebèus vom Planungsbüro „Die Draußenplaner“ überprüft werden solle, es aber nicht bedeute, dass der restliche Schulhof nicht überplant werden soll.

Laut Frau Behet bestehen Bedenken von Seiten der Schule, dass die Planungen über die Köpfe des Kollegiums hinweg beschlossen werden. Zudem habe sie gehört, dass die Planungen bereits im April abgeschlossen sein müssen, was für die Schule zeitlich nicht zu schaffen sei.

BM Ulrichs versichert, dass nicht ohne die Abstimmung mit der Schule geplant werde. Eine Umgestaltung des gesamten Schulhofs sei finanziell vorerst nicht darstellbar. Es soll mit einem Teil des Platzes begonnen werden, wie zum Beispiel die Wegeführung oder eine Auswechslung der Steine, da diese als sehr rutschig empfunden werden.

Herr Goldberg erwähnt, dass es sich um ein Förderprogramm zur Sanierung kommunaler Infrastruktur handle. Es gebe in erster Linie um die Sanierung der vorhandenen Fläche, da diese eine gemeinsam genutzte Fläche darstelle, an die das Haus der Begegnung, die Sportanlagen und die Schule grenze. Sobald eine Grundlage geschaffen sei, welche die Potentiale berücksichtigt würden, könne weiter geplant und entwickelt werden.

BM Ulrichs erwidert, dass durch die Förderung der Zusammenhalt der Bevölkerung gestärkt werden solle und dafür Anreize, wie sportliche Angebote geschaffen würden. Da die Schule auch an diesem Areal angrenze, sei die Chance genutzt worden, diese mit einzubeziehen. Er sehe dies als einen Anfang für eine langfristige Entwicklung.

Der Vorsitzende, Herr Hahnen, schließt die Sitzung um 19:10 Uhr.

Vorsitzender

Bürgermeister

Hahnen

Ulrichs

Schriftführer

Metker